

Stadt Siegen

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

vom: 28.02.2002
von: 16:00 Uhr
bis: 18:05 Uhr
Ort: Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

Dr. Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender -
Eberlein, Klaus-Peter
Elter, Uwe - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Flohren, Angelika - ab 16.35 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Kaiserling, Carl-Norbert
Kamieth, Jens
Katz, Reinhilde
Krombach, Ulrich
Nell, Karl-Heinz
Neubauer, Hans Peter
Rujanski, Detlef
Schmidt, André
Tigges, Johannes - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Wolf, Marianne - für Stv Flohren, Angelika bis 16.35 Uhr, TOP 5 ö. T. -

II. Beratende Mitglieder:

Gürke, Volker für AM Klein, Horst ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Kill, Erika
Löwenberg, Horst
Max, Christian - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Mücke, Helga
Nauck, Gerda

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Nauck bestimmt.

14. AfSFS 28.02.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Zur Niederschrift vom 04.12.2001, TOP 9 ö. T., stellt Herr Dr. Stötzel richtig, dass sich seine Kritik nicht gegen Vertreter des Kinderschutzbundes, sondern gegen Ausschussmitglieder richtete, die sich zu diesem Zeitpunkt außerhalb des Sitzungsraumes aufhielten.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung wird die Niederschrift vom 04.12.2001 bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2002 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

14. AfSFS 28.02.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

14. AfSFS 28.02.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

14. AfSFS 28.02.2002

5. Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)

Bezugsvorlage Nr. 1413/01

Vorlagennr. 1744/2002

dazu: Vorlage Nr. 1413/01 A und vier Angebote

Herr Schmidt kritisiert, dass die Vorlage 1744/02 zur Klärung der im Dezember aufgeworfenen Fragen nicht beiträgt, sondern eher zusätzliche Fragen aufkommen lässt. Er hätte zumindest eine Aussage darüber erwartet, wie sich das vorgeschlagene Modell finanziell auf die Sozialhilfekosten in der Tendenz auswirken könnte. Da es sich um eine neue Leistung seitens der Stadt Siegen handelt, ist die Genehmigung des Haushaltes 2002 abzuwarten, so dass seines Erachtens ein Beginn des Projektes am 01.06.2002 nicht realistisch erscheint.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Aufteilung der Trägeranteile entspricht nicht dem in den vorhergehenden Beratungen geäußerten Willen seiner Fraktion. Wenn grundsätzlich eine Aufteilung vorgenommen werden soll, sollte dies in Form eines „gemeinsamen“ Angebotes möglichst unter Ausschluss eines Konkurrenzgedankens geschehen. Dafür sind Gespräche mit den verschiedenen Trägern erforderlich, die nach Aussage der Anbieter am 05.03.2002 stattfinden sollen.

Er beantragt daher, die Angelegenheit erneut zu vertagen und die weitere Beratungsfolge entsprechend anzupassen. Sowohl die Ergebnisse des Gespräches als auch Antworten auf die noch offenen Fragen sind in einer neuen Vorlage darzustellen. Eine endgültige Lösung muss so schnell wie möglich gefunden werden.

Die hohen Anteile der NAS im Vergleich zu den anderen Anbietern kann er nicht nachvollziehen. Vorrangiges Ziel kommunaler Beschäftigungsförderung kann nicht ein Ausgleich des Defizits der NAS sein, sondern muss in der Senkung der Sozialhilfekosten auf optimalem Weg gesehen werden. Er bezweifelt, dass die NAS in der Lage ist, die aus dem Beschlussvorschlag resultierenden Leistungen zu erbringen. Zudem lassen sich die Maßnahmen derjenigen Träger, denen nur eine geringe Anzahl von Plätzen zugedacht wird, seines Erachtens nicht wirtschaftlich durchführen. In dem anstehenden Gespräch sollte diese Problematik thematisiert werden.

Herr Schmidt kann sich vorstellen, dass die NAS den Zuschlag für das Modul 1 erhält, bei Modul 2 aber unberücksichtigt bleibt. Das Angebot der AWO im Bereich des Moduls 2 ist ihm sympathisch.

Das Zusammenspiel zwischen den zwei Modulen (Übergang von Modul 1 in Modul 2) ist erläuterungsbedürftig. Der ausschließliche Weg in das Modul 2 über Modul 1 ist seines Erachtens nicht sinnvoll.

Herr Rujanski hätte eine Entscheidungsgrundlage zur Wertung der Angebote erwartet. Auch er kritisiert, dass zahlreiche Fragen unbeantwortet sind, wie z. B.:

- In welchen Berufsbildern wird qualifiziert?
- Ist die genannte Erfolgsprämie vom Arbeitsamt (420,00 €) fix oder verhandelbar?
- Wie wird mit Erlösen verfahren?
- Wie soll die, insbesondere für alleinerziehende Frauen zwingend notwendige Kinderbetreuung gewährleistet werden?
- Wie ist die Verflechtung zu aktuellen Entwicklungen (z. B. Mainzer Modell Kombilohn, Job-aktiv-Gesetz)?

- Wie stellt sich der Übergang von Modul 1 in Modul 2 dar?

Auf keinen Fall kann er der Vergabe von lediglich 2 oder 3 Plätzen an die Anbieter TÜV Akademie bzw. AWO zustimmen. Er kann sich vorstellen, die Trägervielfalt auf zwei zu reduzieren und der NAS und der Siegener Recycling Werkstätten jeweils 10 Plätze zur Verfügung zu stellen.

Eine endgültige Entscheidung am heutigen Tage ist seines Erachtens nicht möglich, der Ausschuss sollte jedoch als Basis für das Gespräch am 05.03.2002 grundsätzlich Position beziehen. Als Rahmenbedingung für Modul 2 hält er den in der Vorlage genannten Wert 800 €/ Monat / Teilnehmer für akzeptabel.

Die Angelegenheit muss mit höchster Priorität weiterbetrieben werden.

Herr Krombach ist der Meinung, dass das von der AWO vorgestellte Konzept nicht der kommunalen Beschäftigungsförderung, sondern vielmehr dem Programm Arbeit statt Sozialhilfe unterzuordnen und daher nicht zu berücksichtigen ist. Er spricht sich dafür aus, als Verhandlungsbasis für das Gespräch am 05.03.2002 heute ein Votum zugunsten der von Herrn Rujanski vorgeschlagenen 10 : 10-Variante abzugeben und eine endgültige Entscheidung zu vertagen, da nach wie vor bedauerlicherweise keine völlige Entscheidungsreife zu sehen ist. Eine tabellarische Trägerdarstellung zu Vergleichszwecken nach den Kriterien Zielgruppe, Personenanzahl, Berufsbilder, Zeitbedarf, Kosten usw. erachtet er zwar als arbeitsaufwändig, aber leistbar.

Die Verteilung von 100 Stunden auf 3 Monate im Modul 1 kann seines Erachtens auf einen kürzeren Zeitraum begrenzt werden. Als alternatives Modell ist der Abschluss von Qualifizierungsverträgen mit den in Frage kommenden Personen denkbar. Die Verträge sollten auch die Auszahlung eines Qualifizierungsentgeltes in Form einer Pauschale beinhalten, die alle mit der Tätigkeit in Verbindung stehenden Kosten (wie auch Fahrtkosten) abdecken muss.

Die Laufzeit des Moduls 2 sollte auf 15 Monate mit der Option einer Verlängerung um max. 3 Monate reduziert werden.

Frau Nauck ist enttäuscht, dass eine kurzfristige Realisierung immer noch nicht erreichbar scheint.

Herr Kaiserling unterstützt die Forderung, die Ergebnisse des Gespräches am 05.03.2002 abzuwarten.

Die aktuelle politische Diskussion der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist angemessen zu berücksichtigen, fordert Herr Nell.

Herr Dr. Stötzel kritisiert, dass die durch den Ausschuss aufgeworfenen Fragen vorangegangener Lesungen durch die Verwaltung nicht ausreichend aufgearbeitet wurden und damit hilfreiche Entscheidungskriterien nicht an die Hand gegeben werden. Die Realisierung der Zielsetzungen, sowohl den betroffenen Menschen zu helfen als auch Sozialhilfearaufwendungen zu reduzieren, verzögert sich leider zusehends. Es sind echte Vergleiche notwendig, welcher Anbieter welche Leistungen erbringen kann und will, um einen weiteren Zeitverzug zu verhindern.

◆◆◆ Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen befürwortet die Heranziehung der in der Vorlage genannten grundsätzlichen Konditionen für

die Durchführung der Module 1 und 2 als Verhandlungsbasis für das mit den Anbietern am 05.03.2002 zu führende Gespräch. Im Anschluss ist eine entscheidungsreife Vorlage, die auch die Ergebnisse des Gespräches beinhaltet, zu präsentieren.

14. AfSFS 28.02.2002

6. Sozialinventur
hier: 2. überarbeitete Auflage

Vorlagennr. 1735/2002

Frau Mücke macht darauf aufmerksam, dass der Name des Anbieters zu Ziffer 2.3.7.2 „Altenbegegnungsstätte“ von „Siegen-Wittgensteiner Seminarverband“ in „Siegen-Wittgensteiner *Senioren*verband“ zu ändern ist.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. AfSFS 28.02.2002

7. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke

Vorlagennr. 1582/2001

Herr Gürke erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an der Beratung nicht teil.

Herr Rujanski erklärt, dass seines Erachtens bei den ausgehandelten Verträgen der Aspekt der Outputorientierung nicht genügend Berücksichtigung findet. Vordergründig sieht er hierin vielmehr lediglich eine Absicherung der Träger.

Seine Vorstellung über neu abzuschließende Leistungsverträge geht dahin, dass eine Leistung unter Vorgabe von Qualitätsmerkmalen zu beschreiben und auf den Markt zu bringen ist. Entsprechend des Angebotes wird die Leistung im Anschluss bezahlt. Hierbei sind die Faktoren, die Kosten beim Anbieter bedingen (u. a. Personalkosten), nicht maßgeblich.

Vor dem Hintergrund, dass Zeitdruck nicht gegeben ist, da die Kontinuität der Arbeit gewährleistet ist, kann er dem Vertrag heute nicht zustimmen.

Herr Nell teilt die Bedenken seines Vorredners.

Herr Schmidt zeigt auf, dass die langen Verhandlungen mit den Anbietern im Sinne des Vertrauensschutzes nunmehr nur noch den Vertragsabschluss zur Folge haben können. Die von Herrn Rujanski geäußerten Bedenken hätten im Vorfeld ausgesprochen werden müssen. Bei offener Ausschreibung befürchtet er mittelfristig finanziell

und angebotsbezogen negative Auswirkungen auf die gewachsenen Trägerstrukturen. Eine mögliche Gefahr liegt weiterhin in der Unterbreitung von Dumpingangeboten. Der vorliegende Leistungsvertrag gibt der Stadt Siegen eine gute Möglichkeit die Fortsetzung der Aufgaben zu steuern und im erforderlichen Rahmen zu kontrollieren.

Herr Löwenberg erinnert an die bereits im September 1999 geführte Diskussion zur Reorganisation der Förderstrukturen. Der seinerzeit präsentierten Vorlage war ein Mustervertrag beigelegt, der die Logik des nunmehr vorliegenden Vertrages inkl. der Kostendarstellung schon beinhaltet. Die Einwände Herrn Rujanskis hätten damals vorgebracht werden müssen. Im Sinne der Gleichbehandlung insbesondere mit dem bereits beschlossenen Vertragsabschluss mit dem Dt. Kinderschutzbund e. V. sollte auch dem vorliegenden Vertrag zugestimmt werden.

Der Wunsch nach einer erhöhten Outputorientierung und auch die Bedenken gegenüber den Kostendarstellungen sind seines Erachtens dennoch legitim und müssen im weiteren Prozess der Optimierung der Leistungsverträge bedacht werden.

Auch die Ausschussmitglieder Krombach und Nauck sehen nach dem bisherigen Verfahren nur noch die Möglichkeit der Zustimmung. Erfahrungsberichte während der Vertragslaufzeit sind erforderlich, um ggf. über Korrekturen bzw. Abschlüsse mit anderen Anbietern nach Fristablauf nachzudenken.

Herr Kamieth ergänzt, dass im Notfall von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht werden kann.

Auf Antrag von Herrn Schmidt wird die Sitzung von 17.45 Uhr bis 17.55 Uhr unterbrochen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigelegten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 0 dagegen, 6 Enthaltungen

8. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V. - Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen

Vorlagennr. 1583/2001

Auf die Beratung zu TOP 7 ö. T. wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigelegten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 0 dagegen, 6 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer/Herrn Hülsmann/Herrn Liedtke

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

28.02.2002

Haupt- und Finanzausschuss

06.03.2002

Betreff:

Hilfe zur Arbeit (Kommunale Beschäftigungsförderung)

Bezugsvorlage Nr. 1413/01

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, im Rahmen des Konzeptes Hilfe zur Arbeit

- A) 20 Plätze (Laufzeit 3 Monate, dann alternierend) / 80 Plätze pro Jahr für gemeinnützige und zusätzliche Arbeit nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) in Kooperation mit der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH zu schaffen. Der damit verbundene sozialhilferechtliche Mehrbedarf wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gewährt. Die Kosten außerhalb der Bestimmungen nach dem BSHG betragen 250,00 € pro Sozialhilfebeziehenden pro Monat = 60.000,00 € p. a. (Modul 1);
- B) 20 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon
- 10 Plätze Neue Arbeit Siegerland gGmbH
 - 5 Plätze Siegener Recycling Werkstätten gem. GmbH
 - 3 Plätze TÜV Akademie Rheinland GmbH
 - 2 Plätze Arbeiterwohlfahrt Siegen-Wittgenstein/Olpe

zu schaffen.

Die maximale Laufzeit der Arbeitsverträge wird auf 18 Monate begrenzt. Die ersparten Sozialhilfearaufwendungen werden zur Mitfinanzierung der Arbeitsverträge durch den örtlichen Träger der Sozialhilfe zur Verfügung gestellt. Die städtischen Kosten betragen pro Arbeitsvertrag / Monat 800,00 € / max. 14.400,00 € pro Arbeitsvertrag = 192.000,00 € p. a. (Modul 2).

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage für diese Vorlage sind die Verw.-Vorlage Nr. 1413/01 v. 4.9.2001; AfSFS 26.9.2001, die Verw.-Vorlage 1413/01 A/ 22.11.2001 einschl. Anlagen; AfSFS 4.12.2001, Verw.-Vorlage Nr. 1744/02, AfSFS 28.2.2002 sowie die entsprechenden politischen Beratungen.

Darüber hinaus sind Ausgangslage die Ergebnisse der Abstimmungs- und Vorbereitungsgespräche mit den möglichen freien Trägern (5.3.2002 und 22.3.2002) sowie die Abstimmungsgespräche mit der Arbeitsverwaltung (11.2.2002 und 3.4.2002).

Des weiteren wurden Gespräche mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein bzgl. der Einordnung der städtischen Hilfen zur Arbeit in die Gesamtstruktur der kommunalen Hilfen zur Arbeit vorgenommen sowie die Frage der Einbringung der eingesparten Sozialhilfe in die Refinanzierung geklärt.

Durch den Aufbau von städtischen Hilfen zur Arbeit könnte bereits jetzt die Grundlage einer notwendigen Struktur für eine angedachte *Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe* (Umstrukturierung der Arbeitsverwaltung) geschaffen werden.

Das im folgenden vorgeschlagene Modulkonzept ist in seinen Grundzügen bereits in der Verw.-Vorlage Nr. 1744/02, AfSFS 28.2.2002 vorgestellt und diskutiert worden. Die Verwaltung wurde auf dieser Basis und den vorgeschlagenen finanziellen Rahmenbedingungen beauftragt, entsprechende Gespräche mit den möglichen freien Trägern vorzunehmen.

Zur besseren Übersichtlichkeit werden in dieser Vorlage noch einmal die wesentlichen konzeptionellen Grundlagen und die zu erwartenden monetären Auswirkungen dargestellt.

Darüber hinaus ist als Anlage ein tabellarischer Vergleich der Ausgangsangebote beigelegt.

Zielsetzungen der städtischen Hilfen zur Arbeit

Zielsetzung für die städtischen Hilfen zur Arbeit ist die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Qualifizierungsanteilen für Sozialhilfebeziehende. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ist die Besonderheit der städtischen Hilfen zur Arbeit in Relati-

on zu den meisten weiteren kommunalen Hilfen zur Arbeit und steht somit nicht in Konkurrenz zu den diversen Qualifizierungsmaßnahmen.

Darüber hinaus lässt der städtische Ansatz der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten - neben der angestrebten Reintegration in den Arbeitsmarkt - auch ordnungspolitische „Mitnahmeeffekte“ durch das Angebot an gemeinnütziger Arbeit erwarten.

Zur Ermittlung des Potentials an geeigneten Personen in der Sozialhilfe und zum zielgenauen Einsatz der kommunalen Mittel waren im Vorfeld notwendig:

1. **Bestandsanalyse:** Welche Personenkreise haben auf Grund von Motivations- und Qualifikationsdefiziten erhebliche Schwierigkeiten wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und
2. **Angebotsanalyse:** Mit welchen Unterstützungsmaßnahmen kann der Zugang zur Beschäftigung und zu Qualifikationsmaßnahmen erfolgversprechend erreicht werden (2. Arbeitsmarkt) bzw. die Integration in den 1. Arbeitsmarkt verbessert werden.

Zielgruppen der städtischen Hilfe zur Arbeit

Die Zielausrichtung **berufliche Integration mittels Orientierung, Motivierung, Erhöhung der Qualifikation und Beschäftigung** gewinnt vor dem Hintergrund der Kostenintensität des Anteils folgender Personengruppen an der Gesamtheit der Sozialhilfebeziehenden zunehmend an Bedeutung und ist bei der Auswahl der Angebotsstrukturen vordergründig zu berücksichtigen:

A) Langzeitarbeitslose, bei denen eindeutig ein oder mehrere Vermittlungshemmnisse vorhanden sind und bei denen die Bereitschaft, aktiv und eigenverantwortlich den Lebensunterhalt durch Aufnahme von Arbeit zu bestreiten, einer weiteren Aufbereitung bedarf (Anteil am gesamten Arbeitskräftepotential bei den Leistungsberechtigten von Hilfe zum Lebensunterhalt: **54%**, Anteil am Gesamtbestand: 16,6%)

B) Alleinerziehende mit dem vorgenannten Profil und bei denen die Kinderbetreuung ein zusätzliches Vermittlungshemmnis darstellt (Anteil **12%** bzw. 3,8%)

Für diese Klientel wird für die Laufzeit die Kinderbetreuung sichergestellt. Dies geschieht entweder perspektivisch durch den Träger direkt oder durch Möglichkeiten der Sozial- bzw. Jugendverwaltung.

Auf Grund der vorangegangenen Überlegungen, der erarbeiteten Konzepte (freie Träger und Verwaltung) und den resultierenden politischen Beratungen stellt sich das nachfolgende modulare Konzept als erfolgversprechend heraus.

Ausgangspunkt dazu ist, die Zielgruppe für die städtischen Hilfen zur Arbeit in erster Linie auf Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende zu beschränken, da:

1. Diese Personengruppen **besondere Vermittlungshemmnisse** aufweisen, so dass sie i.d.R. nicht vom Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ des Kreises Siegen-Wittgenstein bzw. des entsprechenden Landesprogramms „Arbeit statt Sozialhilfe“ partizipieren können.
2. Diese Personengruppen im Bereich der Sozialhilfe für den kommunalen Haushalt **besonders kostenintensiv** sind.

Grundsätzliche Zielsetzung der städtischen Beschäftigungsförderung ist, für diese Personengruppen wieder Perspektiven auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt zu schaffen.

In jedem Fall jedoch werden für die TeilnehmerInnen wieder Ansprüche nach dem SGB III realisiert, so dass nach Abschluss der städtischen Maßnahme auch diese Personen wieder Ansprüche auf Qualifizierungsmaßnahmen des Arbeitsamtes und auch wieder Ansprüche auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe erwerben. Die Sicherstellung des Lebensunterhalts erfolgt also nicht weiter über die kommunal finanzierte Sozialhilfe.

Vorgeschlagen wird daher ein „2 Stufen Modell“.

Modulkonzept

Das vorgestellte Modulkonzept wurde im bisherigen politischen Diskussionsverlauf nicht in Frage gestellt. Die Verwaltung wurde beauftragt auf dieser Basis mit den Trägern entsprechende Abstimmungsgespräche zu führen.

Ergebnis der Abstimmungsgespräche mit den freien Trägern (5.3.2002 und 22.3.2002)

1. Das Modulkonzept, wie in der Vorlage vom 20.2.2002 benannt, wird von den Trägern als realisierbar eingeschätzt. Die AWO, die Recycling - Werkstatt und die NAS werden sich an diesem Konzept beteiligen. Die TÜV-Akademie sieht sich jedoch - in Abgrenzung zur NAS - eher prädestiniert das Modul 1 mit seinen Profilinginhalten zu übernehmen. Sollte die NAS dieses Modul übernehmen, steht die TÜV-Akademie auch nicht für Leistungen aus Modul 2 zur Verfügung (vgl. Anlage).
2. Die finanziellen Zielvorgaben der Vorlage werden von den Trägern ebenfalls als knapp realisierbar eingeschätzt, unter der Voraussetzung, das mögliche Erlöse durch die Beschäftigungsverhältnisse zur Refinanzierung bei den Trägern verbleiben.
3. Die vorgeschlagenen Quotierungen für Modul 2 werden als konsensfähig erachtet, wobei die Quotierungen der TÜV-Akademie, sollte diese sich nicht an Modul 2 beteiligen, aufgeteilt werden sollen.
4. Von allen Trägern wird die genaue Schnittstellendefinition - Zugang zu Modul 1 durch die Sozialverwaltung und Zugang zu Modul 2 durch den Träger, der Modul 1 abwickelt - als wesentlich erachtet. Entsprechende Konzepte wurden diskutiert und abgestimmt.
5. Im Grundsatz wird das Modulkonzept und seine Teilnehmeranzahl als Einstieg in die städtischen Hilfe zur Arbeit gewertet, der im weiteren Verlauf durchaus ausbaufähig ist.

Modul 1: Gemeinnützige und zusätzliche Arbeit

Die gemeinnützige und zusätzliche Arbeit bildet die Grundlage für das Modul 1. Verknüpft wird dieser Ansatz mit einer intensiven berufsbezogenen Eingangsberatung und der Erstellung eines individuellen Gesamtplans gem. § 19 BSHG.

Zielsetzung des individuellen Gesamtplans ist die Ausarbeitung einer Förderstrategie, unter Berücksichtigung der Kompetenzen und Defizite des jeweiligen Teilnehmers/der jeweiligen Teilnehmerin, mit der finalen Zielsetzung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Für dieses so erweiterte Modul 1 sind entsprechende Kapazitäten im Bereich der Beratung, Unterstützung und Anleitung aber auch anteilhafte Sekretariats- bzw. Verwaltungskontingente notwendig. Um die erforderlichen Kompetenzen und Kontingente nicht mehrfach zu installieren (und damit auch die Kosten entsprechend zu vermehren), ist es sinnvoll, alle Leistungen des Modul 1 von einer zentralen Stelle erbringen zu lassen.

Auf Grundlage der vorliegenden Konzepte und der Erfahrungen in diesem Bereich stellt hierfür die kommunale Beschäftigungsgesellschaft „*Neue Arbeit Siegerland*“ den idealen Partner für die Stadt Siegen dar. Bei der „*Neuen Arbeit Siegerland*“ bestehen bereits Kapazitäten in diesem Bereich, die ausbaufähig sind.

Darüber hinaus bietet die „*Neue Arbeit Siegerland*“ ein breites Spektrum an Einsatzbereichen für eine mögliche berufliche Erstqualifizierung an (vgl. Anlage).

Zugang zu Modul 1

Der Zugang zu Modul 1 erfolgt über die städtische Sozialverwaltung in enger Abstimmung mit dem Träger, der die Leistungen des Modul 1 anbietet.

Ausgehend von den fachlichen Einschätzungen der Sozialverwaltung über die Erst- und Auswegsberatung wird ein strukturierter Fragebogen zur Hilfeplanung erarbeitet. Dieser Erhebungsbogen bildet die Grundlage für die individuelle Hilfeplanung (vgl. Anlage). Er beinhaltet:

- Angaben zur Person,
- zu möglichen Vermittlungshemmnissen,
- zu notwendigen Vorqualifizierungen,
- zur schulischen Biographie,
- zur beruflichen Biographie (Ausbildungen, Tätigkeiten usw.),
- zu weiteren Kenntnissen und Fertigkeiten,
- zu beruflichen Wünschen und
- eine Selbsteinschätzung über die individuellen Stärken und Schwächen.

Leistungen und zeitliche Abfolge von Modul 1

Die Laufzeit des Modul 1 beträgt 13 Wochen. Die Leistungen und die zeitliche Abfolge stellt sich wie folgt dar (gem. Konzept der NAS, 22.3.2002, vgl. Anlage):

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich FBL 5
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

19.02.2002

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

28.02.2002

Betreff:

Sozialinventur
hier: 2. überarbeitete Auflage

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen sowie der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen nehmen die überarbeitete Auflage der „Sozialinventur“ zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	-------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit €	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	---------------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	19.02.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	28.02.2002
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	23.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Diakonischen
Werk im Kirchenkreis Siegen e. V.
- Beratungsstelle für Suchtkranke**

**URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1582/2001!!! Weil die schon archiviert
war, musste eine neue Nr. vergeben werden.**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungs-
vertrag einschließlich Anlage zu.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von:

Datum

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	19.02.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	28.02.2002
Haupt- und Finanzausschuss	06.03.2002
Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen	23.05.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

**Leistungsvertrag zwischen der Stadt Siegen und dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e. V.
- Flüchtlingsbetreuung in der Stadt Siegen**

URSPRÜNGLICH: VORLAGE NR. 1583/2001!!! Weil die schon archiviert war, musste eine neue Nr. vergeben werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt dem der Vorlage als Anlage beigefügten Leistungsvertrag einschließlich Anlage zu.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: